Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache **Nr. 1532**

Interpellation

der Abgeordneten Dr. Horlacher und Genossen

betr. Tagung des Verbandes der europäischen Landwirtschaft (CEA).

Ist der Bundesregierung bekannt, daß vom 25. bis 30. September 1950 der Verband der europäischen Landwirtschaft (CEA = Confédération de l'Agriculture Européene) in Straßburg getagt und u. a. in eingehenden Referaten von Vertretern der Benelux-Staaten, Frankreichs, Italiens, der Schweiz und Deutschlands die wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten und die wirtschaftlichen Folgen der angeregten Gründung der Vereinigten Staaten Europas auf die Landwirtschaft erörtert hat?

Ist der Bundesregierung weiter bekannt, daß im Anschluß an diese Referate, in denen die Sonderstellung der Landwirtschaft von allen Rednern infolge der Natur der bäuerlichen Betriebe zum Ausdruck gebracht wurde, eine Entschließung einstimmig angenommen wurde, in der es u. a. heißt:

a) Die CEA betont erneut, daß ein zahlreicher, in seiner Existenz gesicherter, unabhängiger Bauernstand und freie landwirtschaftliche Genossenschaften die wichtigste Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft und die Wohlfahrt der Völker sind. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten muß deshalb die Erhaltung und Förderung eines freien Bauernstandes als eines ihrer Hauptziele verfolgen. Die CEA fordert daher, daß die internationalen Vereinbarungen den Staaten die Sicherheit geben müssen, ihren Bauernstand gesund und leistungsfähig zu erhalten, sowie vor Verfall zu bewahren.

b) Ein weiterer Abbau der bestehenden Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft im Warenverkehr soll nicht schematisch erfolgen, sondern er muß unter sorgfältiger Prüfung der Rückwirkungen auf die nationale Produktion, insbesondere auf die Landwirtschaft, durchgeführt werden.

c) Was die landwirtchaftlichen Erzeugnisse betrifft, muß die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OEEC = Organisation for European Economic Cooperation) die Lösung weniger in einem weiteren schematischen Abbau der quantitativen Beschränkungen als vielmehr in der Aufstellung besonderer Maßnahmen für die einzelnen Erzeugnisse unter Berücksichtigung ihrer Produktionskosten anstreben. Dabei wird Warenabkommen über einzelne Produkte eine besondere Bedeutung zukommen.

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Argelanderstraße 81
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestraße 1

Ist der Bundesregierung weiter bekannt, daß diese Entschließung der CEA zum großen Teil im Einklang steht mit dem seinerzeit vom Deutschen Bundestag einstimmig angenommenen Beschluß zum Schutze der deutschen Landwirtschaft? Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Ifap (= International Federation of agricultural Producers) = Internationale Vereinigung der landwirtschaftlichen Produzenten in ihrer Tagung in Schweden sich ebenfalls gegen eine schematische Durchführung der Liberalisierung der Landwirtschaft ausgesprochen hat? Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Referenten bei der Straßburger Tagung der CEA sich einstimmig gegen die Hinaufsetzung auf eine 75 %ige Liberalisierung bei der Landwirtschaft ausgesprochen haben?

Ist der Bundesregierung bekannt, daß diese Fortführung der Liberalisierung bei der Landwirtschaft gerade die bäuerliche Wirtschaft, wie die Milch- und Viehwirtschaft und insbesondere die Spezialkulturen der Landwirtschaft, wie Weinbau, Obstbau, Gemüsebau, Tabakbau usw. auf das schwerste treffen muß? Ist der Bundesregierung bekannt, daß gerade das Leben der bäuerlichen Bevölkerung von der Erhaltung der Milchwirtschaft und dieser Spezialkulturen abhängig ist?

Ist die Bundesregierung bereit, diesen Gesichtspunkten bei sich selbst und bei den europäischen Beratungen Rechnung zu tragen? Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, durch ihre Vertreter im Europarat und bei den europäischen Einrichtungen dahin zu wirken, daß den landwirtschaftlichen Organisationen die Stellung bei der Vorbereitung der Arbeiten eingeräumt wird, die sie gemäß der Bedeutung des Bauerntums und der Landwirtschaft für den Wiederaufbau Europas verlangen können? Ist endlich die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß der CEA und ihrem leitenden Ausschuß das entsprechende Gehör bei der Vorbereitung europäischer Vereinbarungen verschafft wird?

Bonn, den 27. Oktober 1950

Dr. Horlacher
Struve
Mayer (Rheinland-Pfalz)
Spies
Stücklen
Brese
Bauknecht
Dr. Weiß
Wacker
Hohl
Mehs
Glüsing
Dr. Solleder
Strauß
Funk
Dr. Laforet
Nikl
Graf von Spreti
Bauereisen
Dr. Jaeger
Kleindinst
Kahn
Karpf
Loibl
Dr. Oesterle
Fuchs
Frau Dr. Weber (Essen)
Dr. Schatz
Frau Dr. Probst
Schulze-Pellengahr
Fürst Fugger von Glött
Eckstein
Bodensteiner